



Wahlausschlussprognose 2064

Entwicklung des Anteils der österreichischen Bevölkerung im
Wahlalter ohne Wahlrecht in fünf Szenarien

Inhaltsverzeichnis

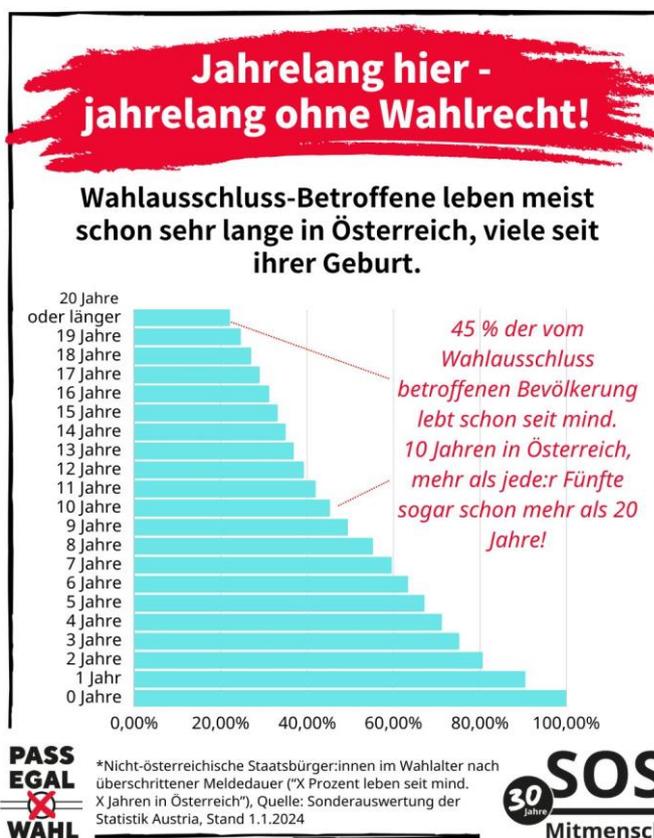
Ausgangssituation	3
Berechnungsmethode	5
Ergebnisse der Wahlausschluss-Prognose in fünf Szenarien	8
Berechnungsszenario 1: Einbürgerungsrate bleibt bei 0,67 Prozent	8
Berechnungsszenario 2: Einbürgerungsrate steigt auf 1,53 Prozent	12
Berechnungsszenario 3: Einbürgerungsrate steigt auf 2,63 Prozent	14
Berechnungsszenario 4: Einbürgerungsrate steigt auf 3,94 Prozent	16
Berechnungsszenario 5: Einbürgerungsrate steigt auf 5,21 Prozent	18
Zusammenfassung der Ergebnisse	20

Ausgangssituation

Für das Leben in einem Land sind alle Menschen entscheidend, die in diesem Land leben. Das gilt auch für das langfristige demokratische Funktionieren eines Landes. Doch inzwischen ist fast jede fünfte Person, die in Österreich lebt, von demokratischer Beteiligung ausgeschlossen, weil sie nicht die österreichische Staatsbürger:innenschaft hat. Dies führt zu einer stark anwachsenden Kluft zwischen Wohnbevölkerung und wahlberechtigter Bevölkerung.

Laut Statistik Austria lebten am 1. Juli 2024 insgesamt 1.829.067 Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft in Österreich. Davon waren 1.514.334 Personen über 16 Jahre alt, und wären damit im wahlberechtigten Alter. Die Interessen dieser über 1,5 Millionen Menschen sind in Österreich durch die Nationalratswahlen jedoch nicht repräsentiert. Über 19 Prozent der Gesamtbevölkerung im wahlberechtigten Alter kann nicht an der Nationalratswahl teilnehmen.

Ein großer Teil dieser Personen lebt schon viele Jahre in Österreich. Eine Sonderauswertung der Statistik Austria zeigt, dass fast die Hälfte der vom Wahlausschluss Betroffenen schon mindestens 10 Jahre im Land lebt. Jede:r Fünfte ist bereits 20 Jahre oder länger im Land. Ein stetig wachsender Anteil ist sogar in Österreich geboren und aufgewachsen.



Eine wesentliche Ursache für den starken Anstieg des Anteils der nichtwahlberechtigten Bevölkerung ist der extrem restriktive und von hohen Hürden geprägte Zugang zur

Staatsbürgerschaft. Österreich ist laut dem unabhängigen MIPEX-Index bezüglich des Zugangs zur Staatsbürgerschaft gemeinsam mit Bulgarien Schlusslicht in Europa.¹ So gilt etwa eine gesetzliche Einkommenshürde für den Staatsbürgerschaftserwerb. Diese Hürde betrifft selbst für im Land geborene Kinder. Diese sind vom Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen, wenn ihre Eltern kein ausreichend hohes Einkommen nachweisen können.² Die Verbesserung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft stellt daher einen wesentlichen Hebel für die Verringerung des Anteils der von demokratischer Teilhabe ausgeschlossenen Bevölkerung dar.

Wie dramatisch die Wahlausschluss-Entwicklung in Österreich ist, zeigen die langfristigen Daten der Statistik Austria. Die Anzahl der aufgrund der Staatsbürgerschaft nichtwahlberechtigten Menschen hat sich in den vergangenen 40 Jahren in absoluten Zahlen fast versiebenfacht, von 216.288 im Jahr 1985 auf über 1,5 Millionen Menschen heute. Der entsprechende Bevölkerungsanteil hat sich in diesem Zeitraum mehr als verfünffacht, von 3,7 Prozent auf 19,5 Prozent. Die Wahlausschluss-Schere geht also immer weiter auseinander. Bei der kommenden Nationalratswahl wird es rund 51.000 weniger Wahlberechtigte geben als noch bei der letzten Nationalratswahl 2019, obwohl heute eine Viertel Million mehr Menschen in Österreich leben.



Die Zahlen belegen: Die österreichische Demokratie ist im Schrumpfen. Der weiteren Entwicklung kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu. Die folgende Prognose-Rechnung von SOS Mitmensch zeigt, wie sich der Anteil der von Wahlen ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppe in fünf Szenarien weiterentwickeln kann.

¹ Siehe: <https://www.mipex.eu/access-nationality>

² Siehe: <https://www.sosmitmensch.at/7-fragen-und-antworten-zum-thema-einbuengerung>

Angangsbasis dafür ist die Bevölkerungsprognose der Statistik Austria. SOS Mitmensch hat auf Grundlage dieser Daten statistische Zukunftsberechnungen für unterschiedliche Entwicklungen der Migrationsbewegungen und der Einbürgerungsrate angestellt.

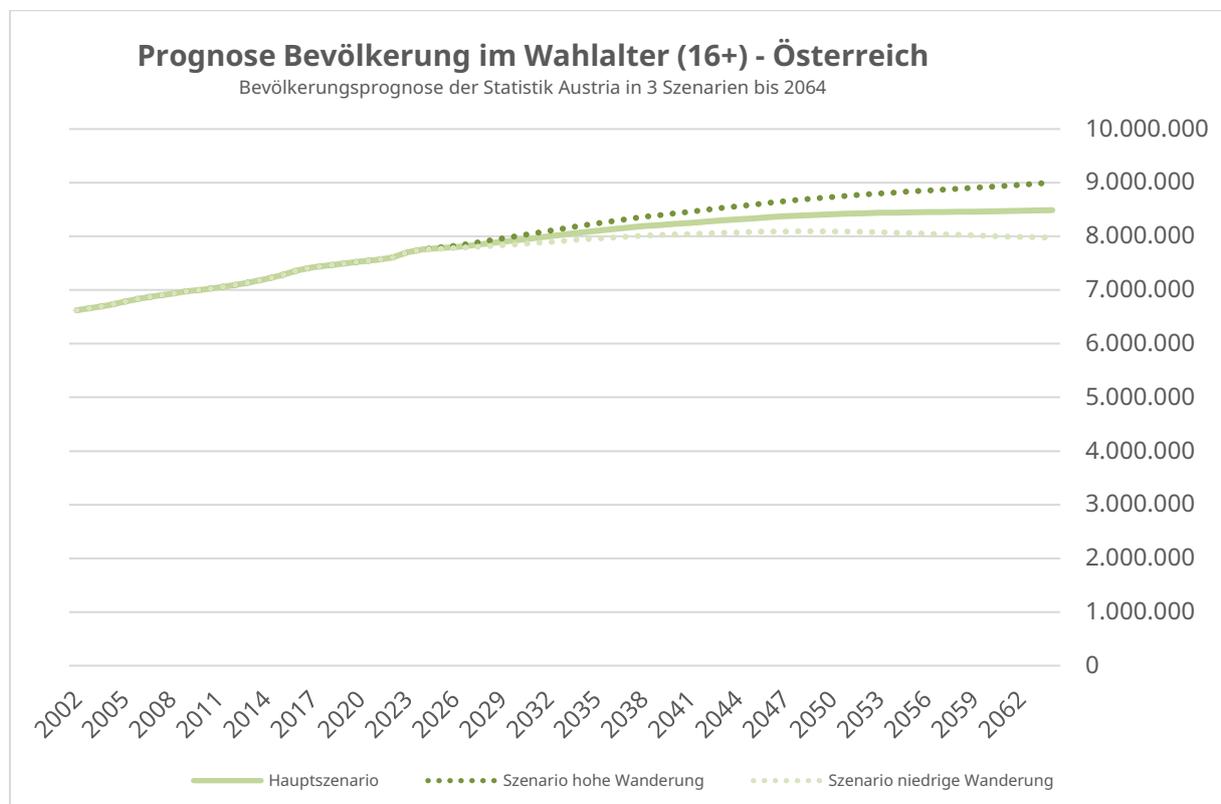
Berechnungsmethode

Ziel der Berechnung ist eine Prognose für Gesamtösterreich und für die Bundeshauptstadt Wien zur Entwicklung des Anteils der aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft vom Wahlausschluss betroffenen Menschen bis zum Jahr 2064.

Basis der Berechnung ist die Bevölkerungsprognose der Statistik Austria. Im Rahmen dieser Bevölkerungsprognose werden jährlich aktualisierte Berechnungen dazu angestellt, wie sich die Bevölkerungszahlen in Österreich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten unter Annahme verschiedener möglicher Szenarien entwickeln werden. Neben Gesamt-Bevölkerungszahlen werden Prognosezahlen zur Ein- und Auswanderung, Geburten und Sterbefälle veröffentlicht, die u.a. nach Altersstruktur und Geschlecht aufgeschlüsselt werden können.³

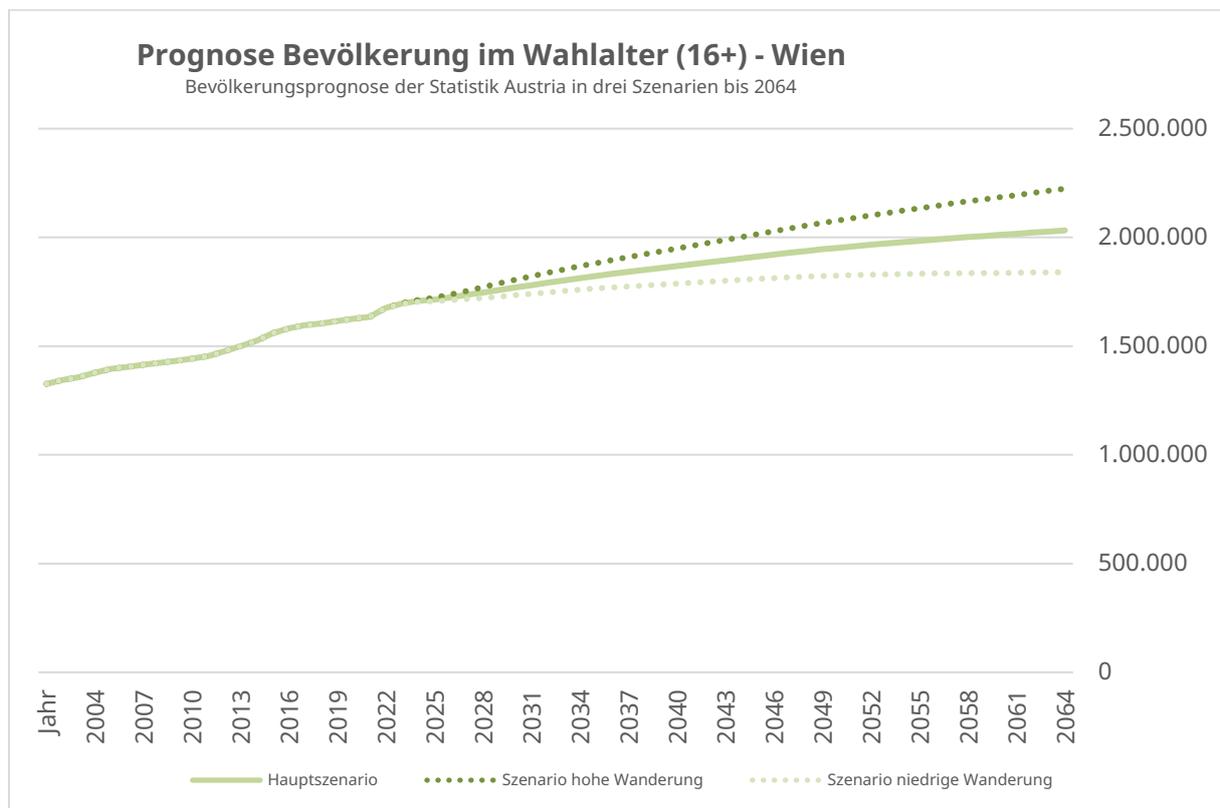
Die Bevölkerungsprognose der Statistik Austria wird in verschiedenen Szenarien berechnet. Neben dem „Hauptszenario“ sind vor allem auch die Szenarien „hohe Wanderung“ und „niedrige Wanderung“ relevant.

Österreich-Prognose der Statistik Austria für über 16-Jährige



³ Mehr Infos auf der Webseite der Statistik Austria: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/demographische-prognosen>

Wien-Prognose der Statistik Austria für über 16-Jährige



Wozu die Bevölkerungsprognose der Statistik Austria jedoch keine Auskunft gibt, ist die Staatsbürgerschafts-Struktur – und damit den Anteil der vom Wahlausschluss Betroffenen – der prognostizierten Bevölkerung. Genau diesem Punkt widmet sich die von SOS Mitmensch erstellte Wahlausschluss-Prognose.

Für die Berechnung der Wahlausschluss-Prognose wurden folgende Annahmen herangezogen:

- **Annahme bezüglich Abwanderung ins Ausland, Geburten, Verstorbenen sowie Binnenabwanderung aus Wien:** Die Verteilung auf österreichische bzw. nicht-österreichische Staatsbürger:innen entspricht jeweils dem von der Statistik Austria veröffentlichten Letztstand (für Geburten und Sterbefälle sind das Zahlen für 2022, für Abwanderung Zahlen für 2023).
- **Bezüglich Zuwanderung aus dem Ausland:** Die Verteilung auf österreichische bzw. nicht-österreichische Staatsbürger:innen entspricht der Verteilung im Schnitt der letzten 10 Jahre, für die Daten veröffentlicht wurden, also 2012 bis 2023.
- **Bezüglich Binnenzuwanderung nach Wien:** Die Verteilung auf österreichische bzw. nicht-österreichische Staatsbürger:innen, die aus anderen österreichischen Bundesländern nach Wien zuwandern, verändert sich entsprechend der in der Prognose für Gesamt-Österreich abzüglich Wien errechneten Verteilung auf österreichische bzw. nicht-österreichische Staatsbürger:innen.
- **Bezüglich Altersverteilung** (zwischen Personen die 16 Jahre oder älter bzw. 15 Jahre oder jünger sind): Der Unterschied in der Verteilung in Menschen über bzw.

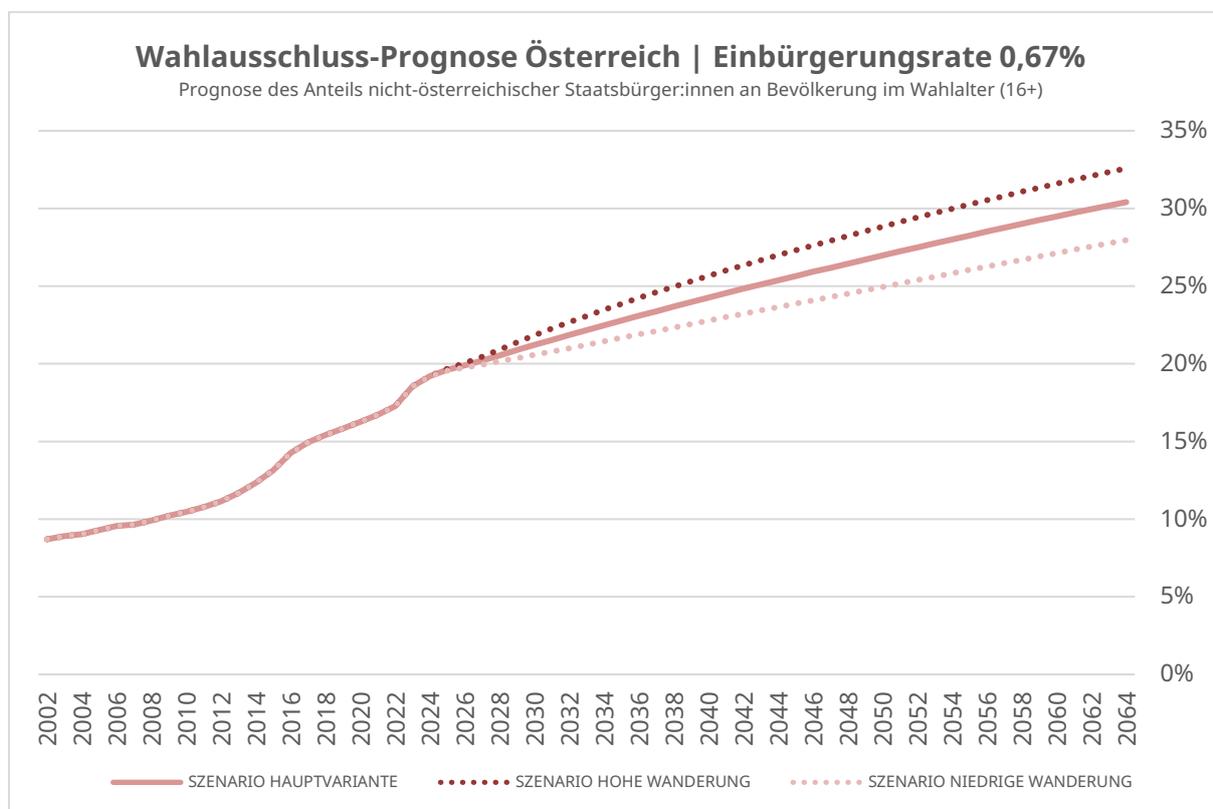
unter 16 Jahren zwischen Österreicher:innen und Nicht-Österreicher:innen entspricht dem aktuellen Letztstand (1.1.2024), und verändert sich in Abhängigkeit der von der Statistik Austria für die Gesamtbevölkerung prognostizierten Altersverteilung.

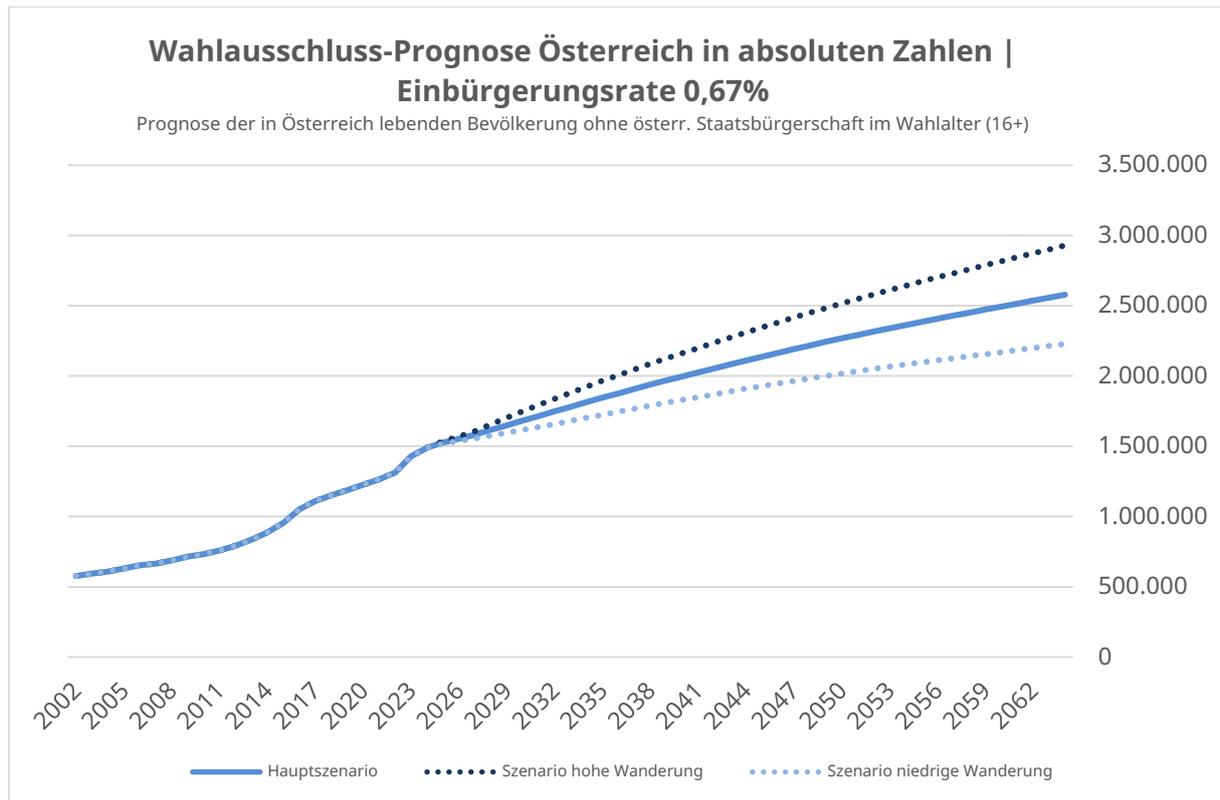
- **Einbürgerungsrate als zentrale Variable:** Die für die vorliegende Berechnung zentrale Annahme betrifft die zukünftige Einbürgerungsrate, also die Entwicklung des Anteils der in Österreich lebenden Menschen, die jährlich eingebürgert werden. In den letzten 10 Jahren lag dieser Wert im Schnitt bei 0,67 Prozent, sowohl österreichweit als auch in Wien. Das ist sowohl im historischen als auch im internationalen Vergleich ein extrem niedriger Wert. Die Wahlausschluss-Prognose von SOS Mitmensch erfasst fünf Szenarien mit verschiedenen Einbürgerungsraten:
 - Berechnungsszenario 1: Einbürgerungsrate gleichbleibend auf dem heutigen Niveau in Österreich (0,67 Prozent).
 - Berechnungsszenario 2: Anstieg der Einbürgerungsrate auf das Niveau von Deutschland (1,53 Prozent).
 - Berechnungsszenario 3: Anstieg der Einbürgerungsrate auf das Niveau des EU-Durchschnitts (2,63 Prozent).
 - Berechnungsszenario 4: Anstieg der Einbürgerungsrate auf das Niveau von Österreich bis zur Einbürgerungsreform 2005 (3,94 Prozent).
 - Berechnungsszenario 5: Anstieg der Einbürgerungsrate auf das Durchschnitts-Niveau der EU-Top-5-Länder Schweden, Niederlande, Italien, Finnland und Spanien (5,21 Prozent).

Ergebnisse der Wahlausschluss-Prognose in fünf Szenarien

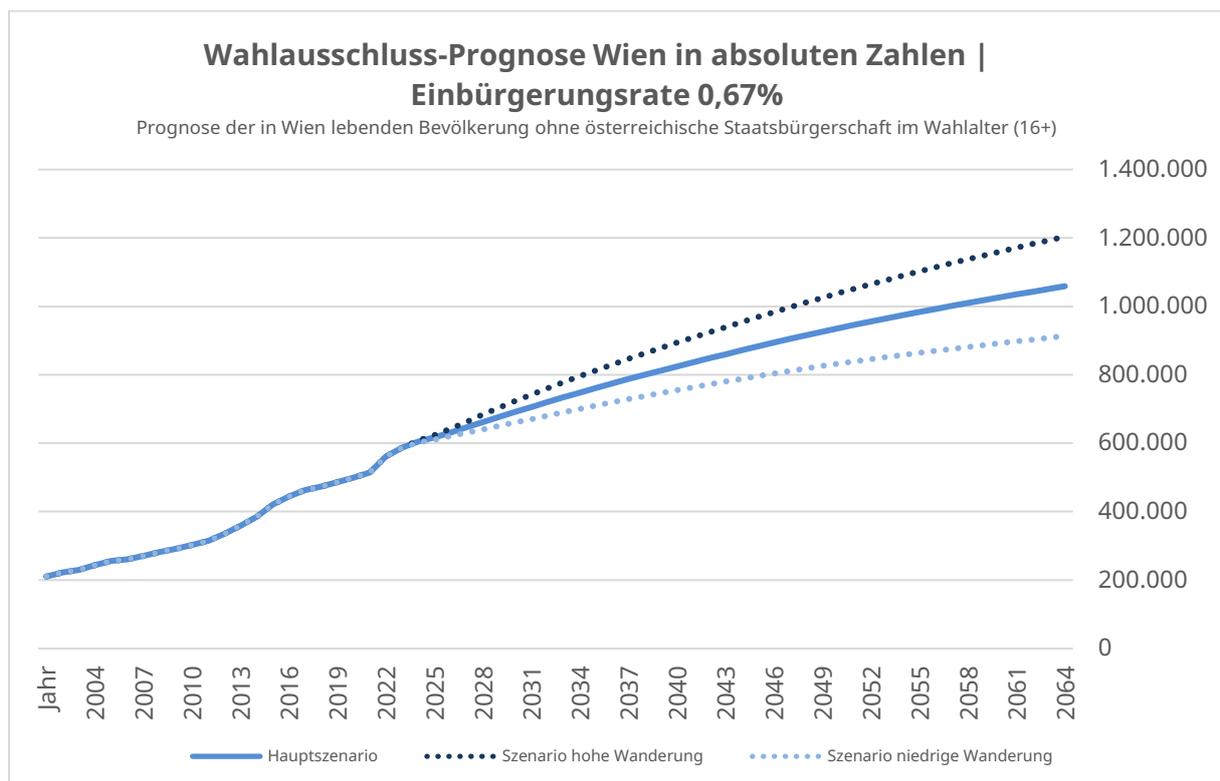
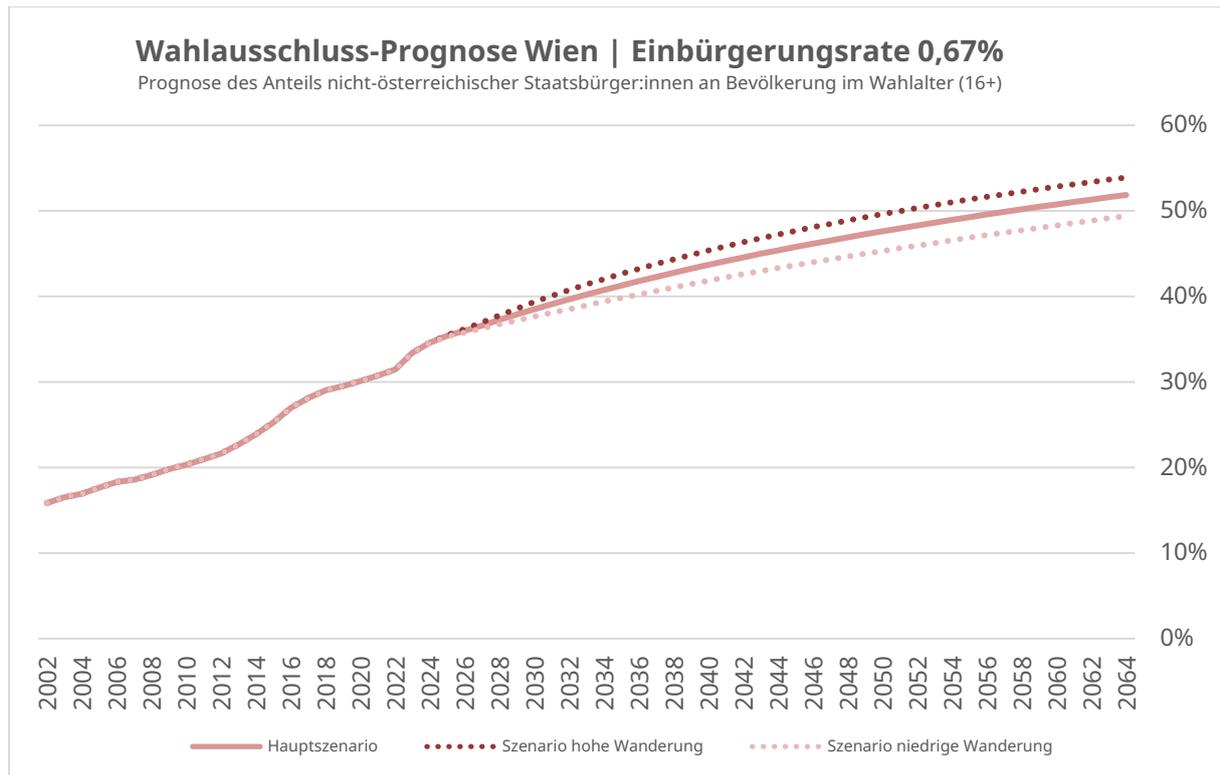
Berechnungsszenario 1: Einbürgerungsrate bleibt bei 0,67 Prozent

Bleiben die extrem niedrige Einbürgerungsrate sowie die strikte Kopplung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft bestehen, wird im Jahr 2064 jede dritte in Österreich lebende über 16-jährige Person kein Wahlrecht haben. Der Wahlausschluss würde mehr als 2,5 Millionen in Österreich lebende Menschen betreffen. Im Jahr 2064 könnten 355.000 Menschen weniger wählen als heute. Das heißt, Österreich würde bis 2064 zu einer Zwei-Drittel-Demokratie schrumpfen. Bereits im Jahr 2040 wären mehr als 2 Millionen Menschen vom Wählen ausgeschlossen. Ein Viertel der Bevölkerung im Wahlalter wäre damit ohne Wahlrecht.





In Wien wäre die Entwicklung noch dramatischer: Bereits rund um das Jahr 2040 wären mehr als 40 Prozent der Bevölkerung bzw. mehr als 800.000 Wiener:innen im Wahlalter vom Wählen ausgeschlossen. Und ab Mitte der 2050er-Jahre hätte nur noch jede zweite in Wien lebende Person die Möglichkeit, an Wiener Gemeinderats- und Nationalratswahlen teilzunehmen. Der Wahlausschluss würde alleine in Wien mehr als eine Million Menschen betreffen. Bei hoher Einwanderung wird die 50-Prozent-Marke beim Wahlausschluss bereits im Jahr 2050 erreicht, bei niedriger Einwanderung erst im Jahr 2061. Wien wäre ab dann nur noch eine halbe Demokratie.



Hier einige Meilensteine auf dem Weg zur Zwei-Drittel Demokratie in Österreich und zur halben Demokratie in Wien:

- **In 10 Jahren:** Falls die österreichische Politik nicht aktiv wird, um die extrem niedrige Einbürgerungsrate zu erhöhen, oder eine zumindest teilweise Entkopplung von Wahlrecht und Staatsbürgerschaft durchzuführen, wird sich bis

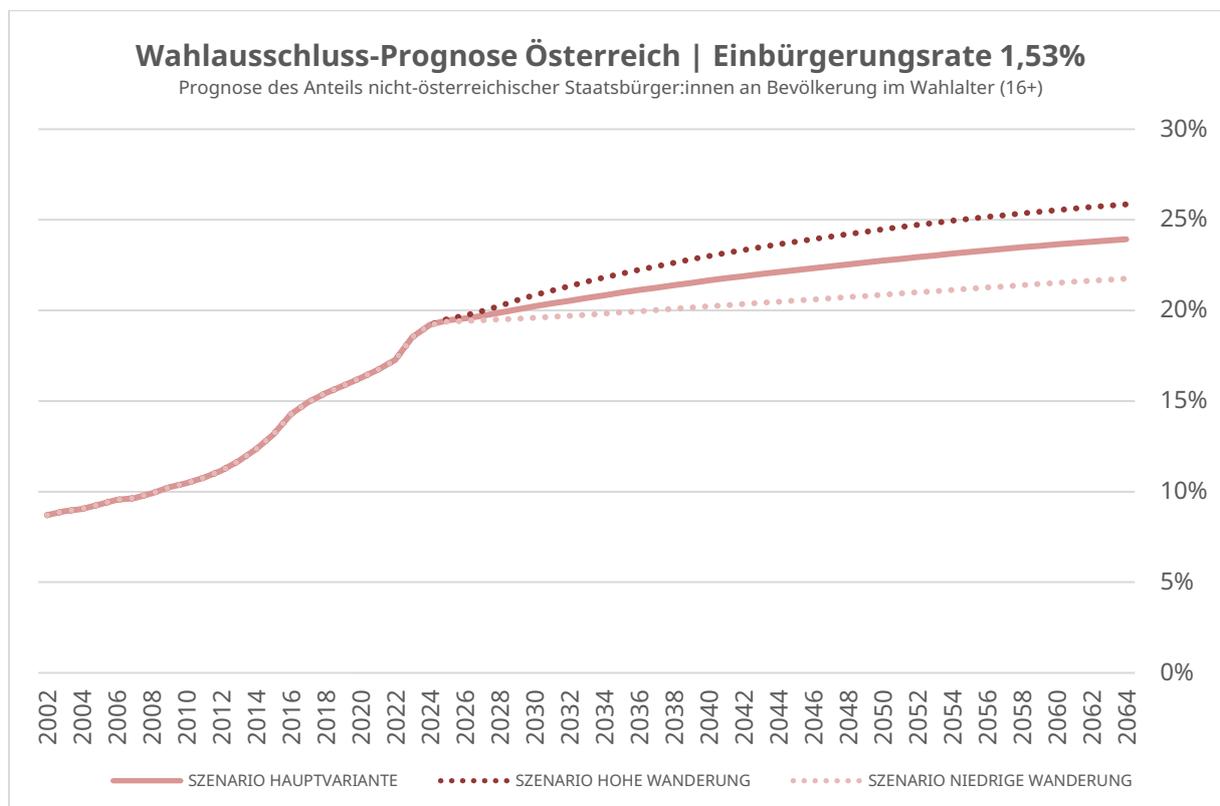
2034 der Anteil der in Österreich lebenden Personen ohne Wahlrecht auf 21,5 Prozent (niedrige Einwanderung) bis 23,5 Prozent (hohe Einwanderung) steigern. In Wien wären ab 2034 mehr als 40 Prozent der Bevölkerung im Wahlalter nicht wahlberechtigt, bei hoher Wanderung sogar 42 Prozent.

- **In 20 Jahren:** Voraussichtlich 2043 wird österreichweit mehr als ein Viertel der Bevölkerung im Wahlalter kein Wahlrecht mehr haben. Im Szenario mit hoher Zuwanderung wird dieser Meilenstein schon 2039 übersprungen, bei niedriger Zuwanderung wird die Schwelle im Jahr 2051 erreicht.
- **In 30-40 Jahren:** Im Jahr 2063 hätten österreichweit mehr als 30 Prozent der Bevölkerung kein Wahlrecht, bei hoher Wanderung wäre dies sogar schon 2055 der Fall. In Wien wäre im Jahr 2058 nur mehr jede zweite Person im Wahlalter wahlberechtigt. Selbst bei niedriger Wanderung würde dieser Wert rund um das Jahr 2064 erreicht werden, bei hoher Wanderung sogar bereits 2052.

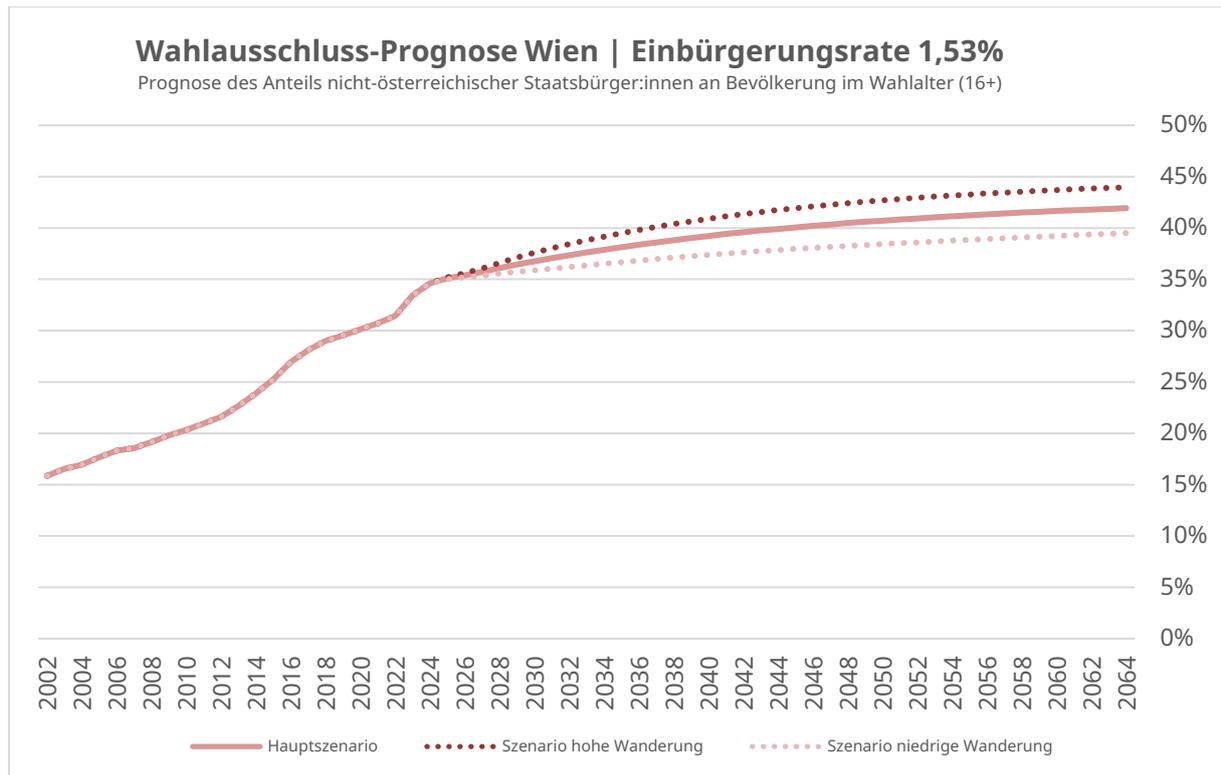
Berechnungsszenario 2: Einbürgerungsrate steigt auf 1,53 Prozent (Niveau Deutschland)

Eine Erhöhung der Einbürgerungsrate auf das Niveau von Deutschland⁴ würde das Ansteigen des Wahlausschlusses in Österreich deutlich verlangsamen. Im EU-Vergleich wäre die Einbürgerungsrate damit noch immer unterdurchschnittlich. Ein Schließen der Demokratiekluft wäre damit noch nicht erreicht.

- **In 10 Jahren:** Falls die österreichische Politik Maßnahmen setzt, um die Einbürgerungsrate auf das deutsche Niveau zu heben, käme es bis 2034 zu einem Anstieg der Wahlausschlussquote auf zwischen 20 und 22 Prozent, je nach Wanderungsszenario. In Wien wären dann zwischen 36 und 38 Prozent der Bevölkerung vom Wahlausschluss betroffen.
- **In 20 Jahren:** Je nach Wanderungsszenario würde sich die Wahlausschlussquote in Gesamtösterreich zwischen 21 und 23 Prozent und in Wien zwischen 37,5 und 42 Prozent bewegen.
- **In 30-40 Jahren:** In den kommenden 40 Jahren würde sich der Anteil der in Österreich von Wahlen ausgeschlossenen Menschen in Richtung 25 Prozent bewegen, in Wien wären zwischen 40 und 44 Prozent vom Wählen ausgeschlossen.



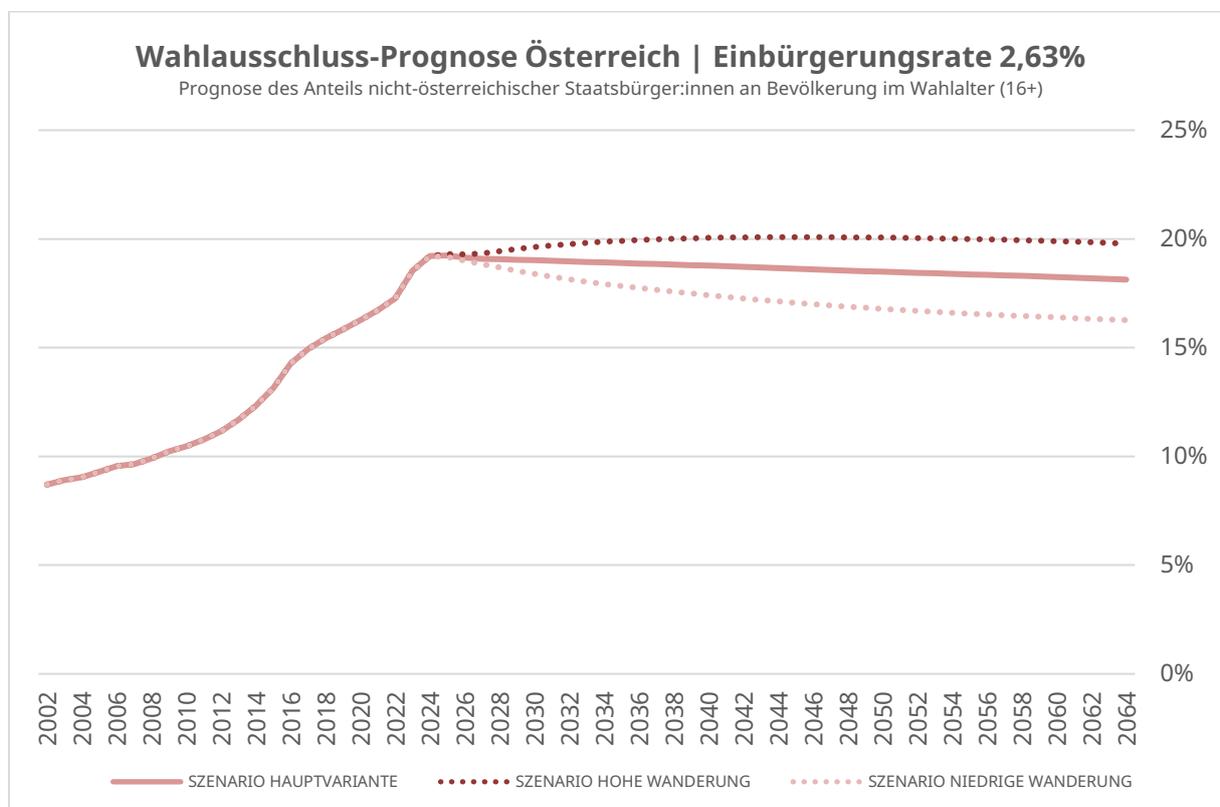
⁴ Wert laut Eurostat 2022.

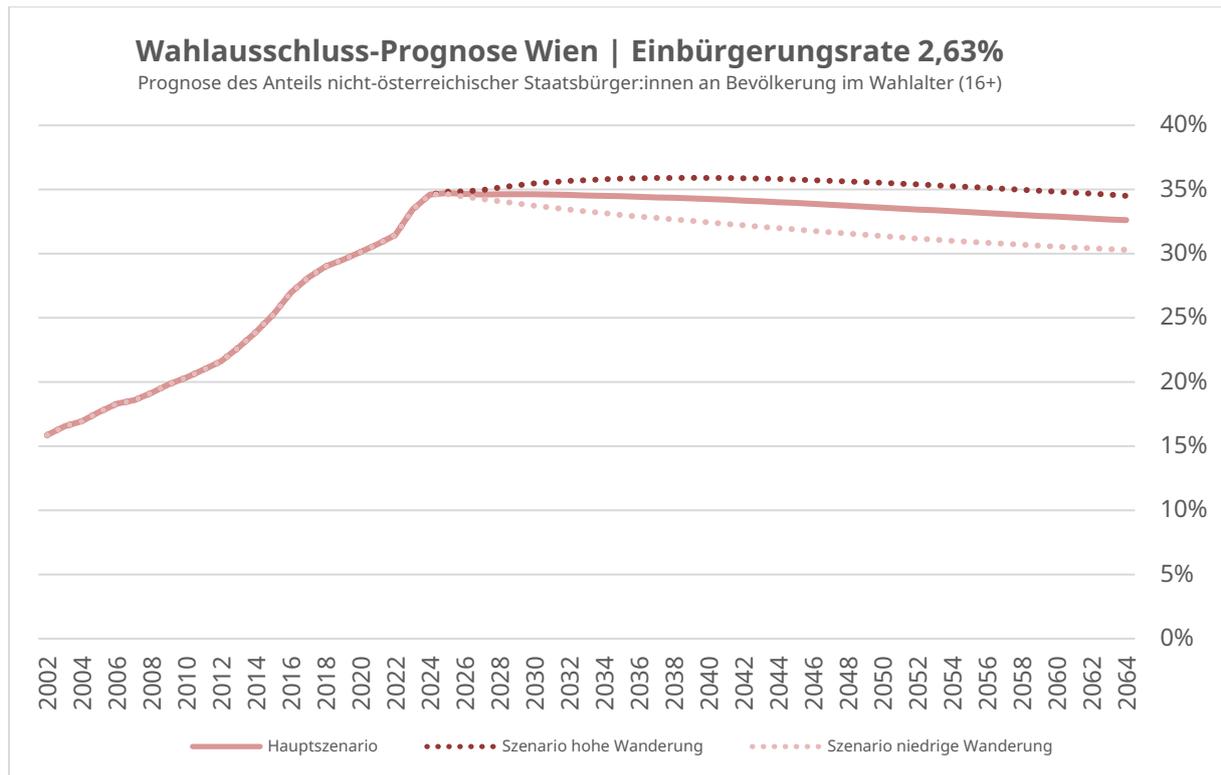


Berechnungsszenario 3: Einbürgerungsrate steigt auf 2,63 Prozent (EU-Durchschnitt)

Die Erhöhung der Einbürgerungsrate auf die Höhe des EU-Durchschnittes laut Eurostat 2022 hätte deutliche Auswirkungen auf die Entwicklung des Wahlausschlusses. Es käme mittel- bis langfristig zu einer Stagnation oder sogar zu einem Absinken der Wahlausschlussquote. Das Schrumpfen des Wahlvolkes wäre damit gestoppt.

- **In 10 Jahren:** Falls die österreichische Politik Maßnahmen setzt, um die Einbürgerungsrate auf das EU-Durchschnittsniveau zu bringen, würde die Wahlausschlussquote in Österreich bei hoher Einwanderung bei ca. 20 Prozent stagnieren. Bei mittlerer oder niedriger Einwanderung würde sie auf 18 bis 19 Prozent leicht sinken. In Wien käme es bei starker Einwanderung zu einem leichten Anstieg auf 36 Prozent, bei mittlerer oder niedriger Einwanderung käme es zu einem leichten Absinken auf 33 bis 34 Prozent.
- **In 20 Jahren:** Je nach Wanderungsszenario würde sich die Wahlausschlussquote in Gesamtösterreich zwischen 16,5 und 20 Prozent und in Wien zwischen 32 und 35 Prozent bewegen.
- **In 30-40 Jahren:** In den kommenden 40 Jahren würde sich der Anteil der in Österreich von Wahlen ausgeschlossenen Menschen in Richtung 16 bis 20 Prozent bewegen, in Wien wären zwischen 30 und 35 Prozent vom Wählen ausgeschlossen.

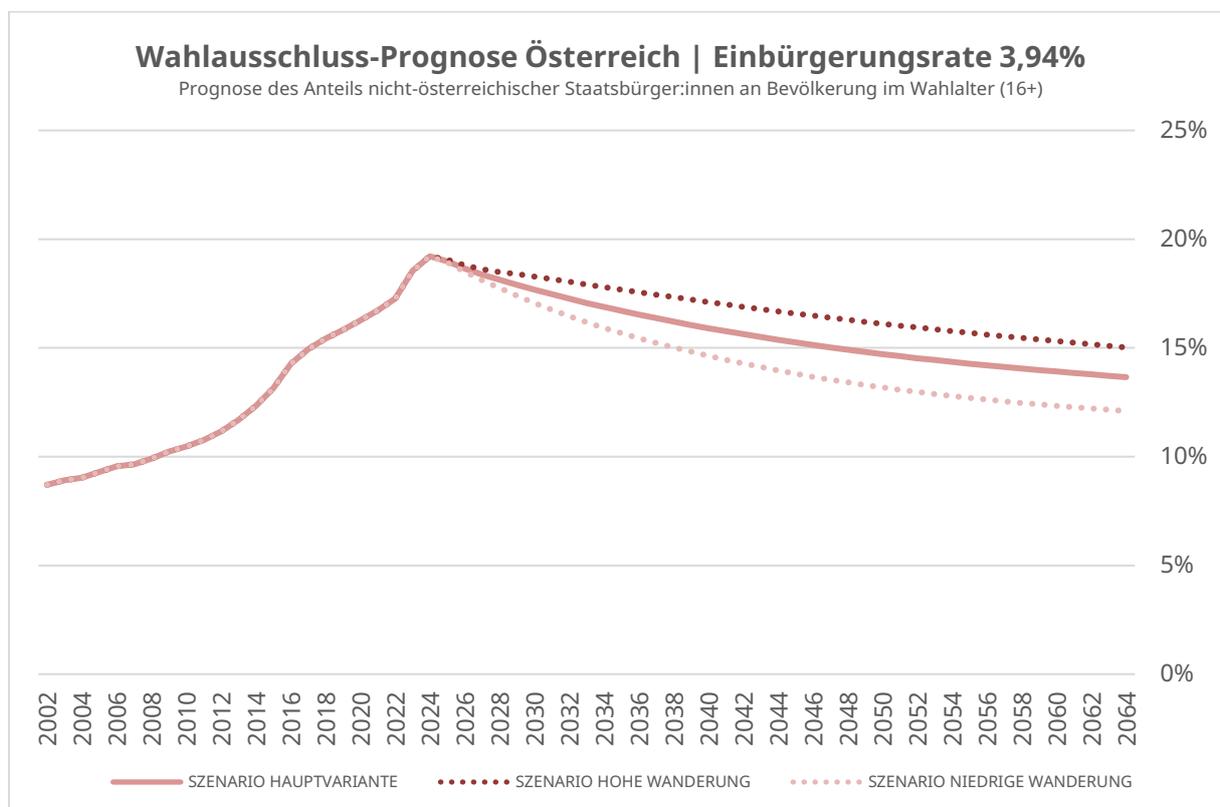




Berechnungsszenario 4: Einbürgerungsrate steigt auf 3,94 Prozent (österreichischer Wert bis 2005)

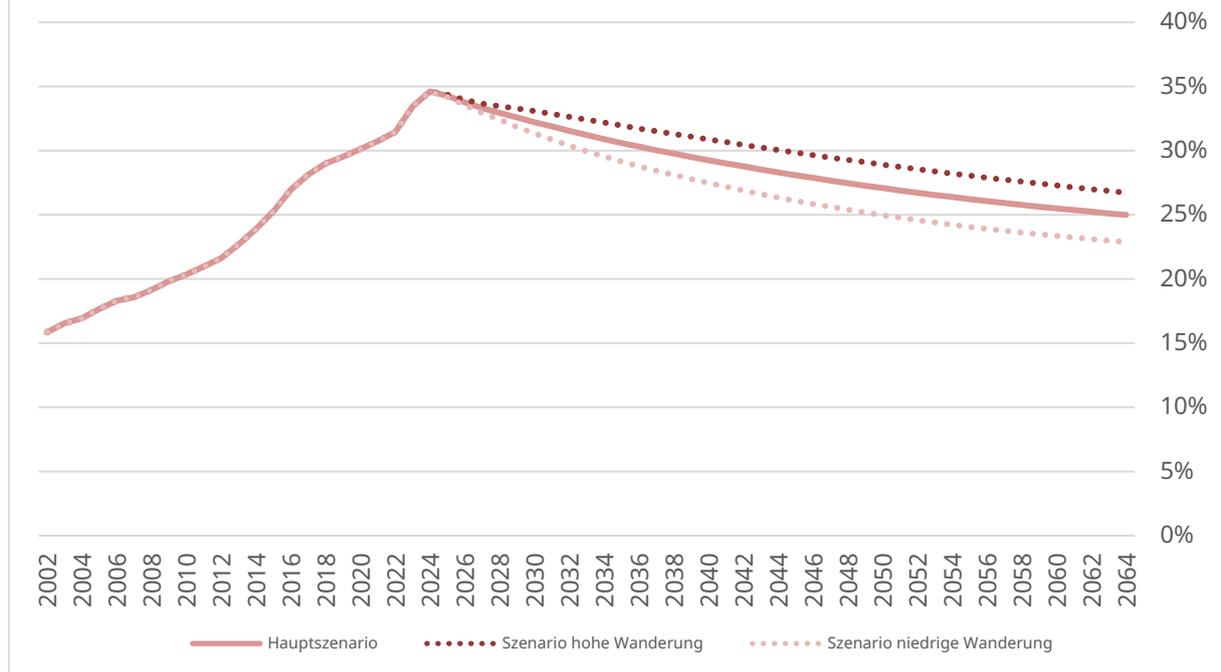
Die Erhöhung der Einbürgerungsrate auf die Höhe des österreichischen Durchschnittswertes vor der Einbürgerungsreform 2005 hätte markante Auswirkungen. Es käme zu einer signifikanten Steigerung des Anteils der wahlberechtigten Bevölkerung und damit zu einem Absinken der Wahlausschlussquote.

- **In 10 Jahren:** Falls die österreichische Politik Maßnahmen setzt, um die Einbürgerungsrate auf das österreichische Durchschnittsniveau der Jahre 1996 bis 2005 zu bringen, würde die Wahlausschlussquote in Österreich bis 2034 auf 15,5 bis 17 Prozent sinken, in Wien auf 29 bis 31 Prozent.
- **In 20 Jahren:** Je nach Wanderungsszenario würde sich die Wahlausschlussquote in Gesamtösterreich zwischen 14 und 16 Prozent und in Wien zwischen 26 und 30 Prozent bewegen.
- **In 30-40 Jahren:** In den kommenden 40 Jahren würde sich der Anteil der in Österreich von Wahlen ausgeschlossenen Menschen in Richtung 12,5 bis 15 Prozent bewegen, in Wien wären noch zwischen 24 und 26 Prozent vom Wählen ausgeschlossen.



Wahlausschluss-Prognose Wien | Einbürgerungsrate 3,94%

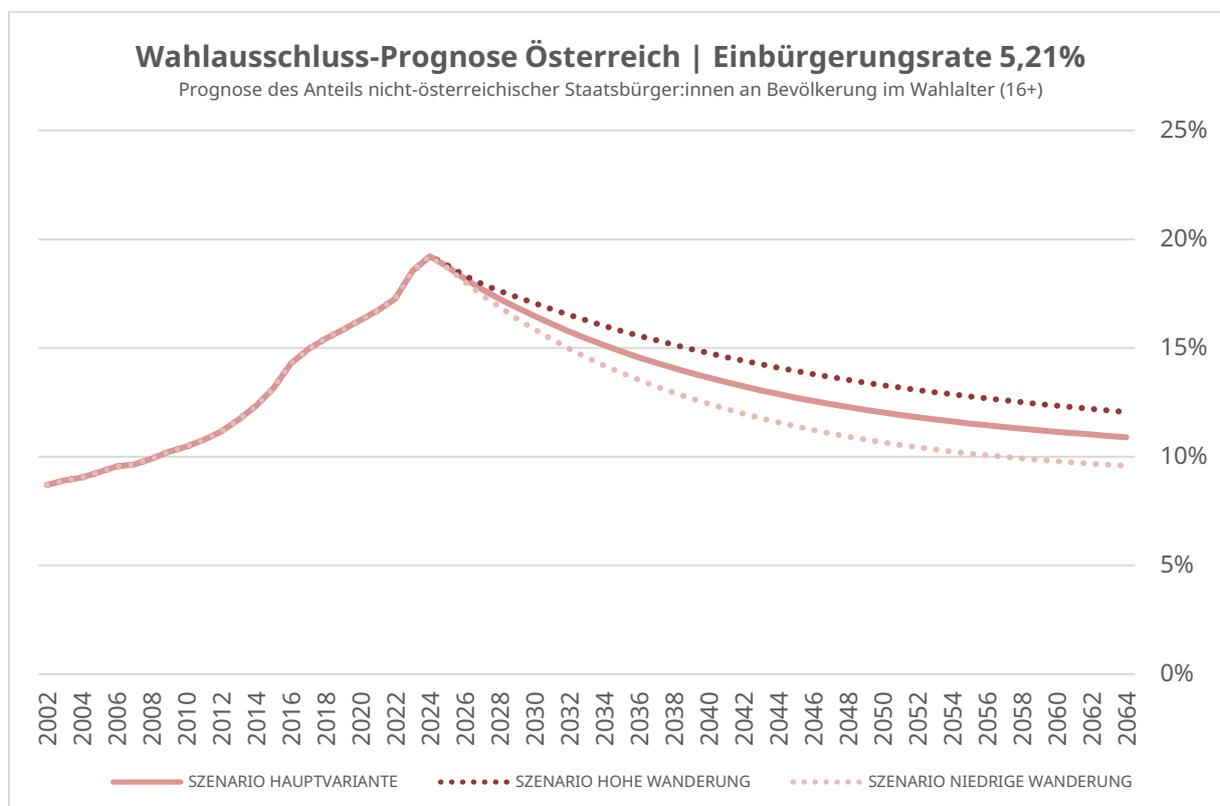
Prognose des Anteils nicht-österreichischer Staatsbürger:innen an Bevölkerung im Wahlalter (16+)



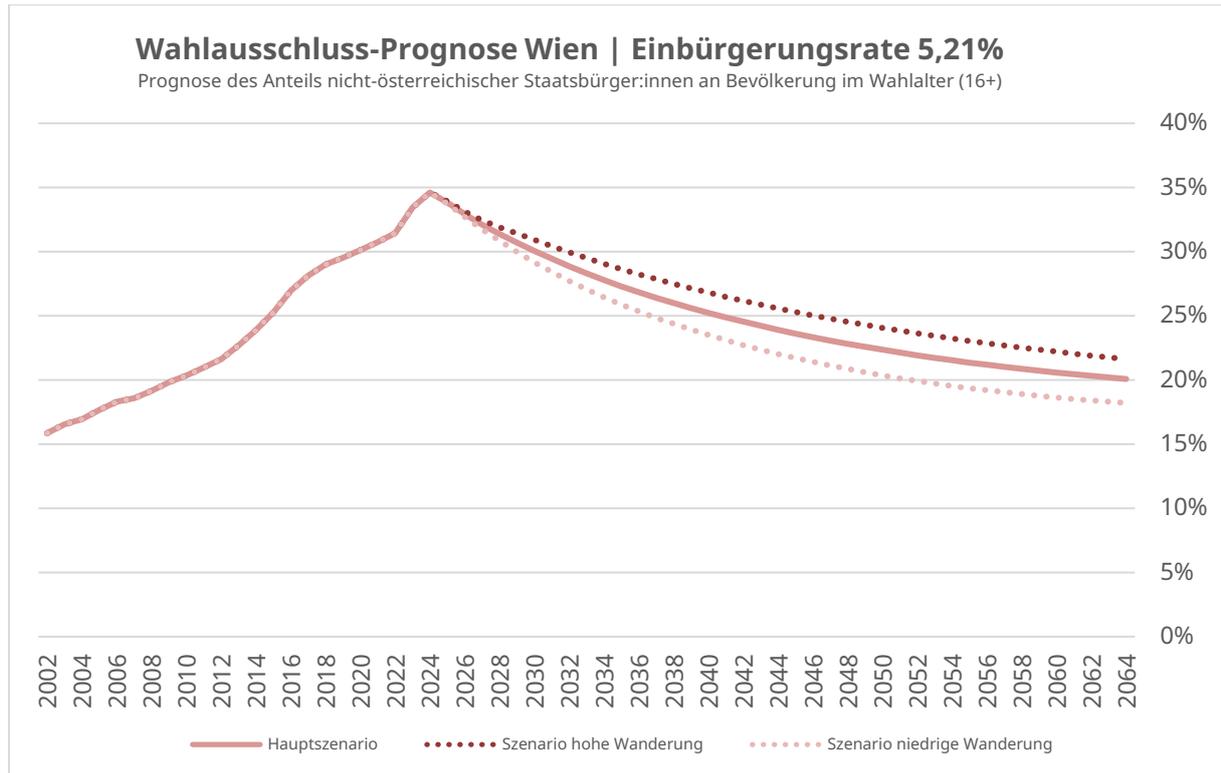
Berechnungsszenario 5: Einbürgerungsrate steigt auf 5,21 Prozent (Niveau der EU-Top-5-Länder)

Die Erhöhung der Einbürgerungsrate auf die Höhe des durchschnittlichen Wertes der fünf EU-Länder mit den höchsten Einbürgerungsraten⁵ hätte sehr markante Auswirkungen auf die Steigerung des Anteils der wahlberechtigten Bevölkerung. Es käme zu einem starken Absinken der Wahlausschlussquote. Die Demokratiekluft würde sich schließen.

- **In 10 Jahren:** Falls die österreichische Politik Maßnahmen setzt, um die Einbürgerungsrate auf das Durchschnittsniveau der EU-Top-5 Einbürgerungsländer zu bringen, würde die Wahlausschlussquote in Österreich bis 2034 auf 14 bis 16 Prozent sinken, in Wien auf 25 bis 27 Prozent.
- **In 20 Jahren:** Je nach Wanderungsszenario würde sich die Wahlausschlussquote in Gesamtösterreich zwischen 12 und 14 Prozent und in Wien zwischen 22 und 25,5 Prozent bewegen.
- **In 30-40 Jahren:** In den kommenden 40 Jahren würde sich der Anteil der in Österreich von Wahlen ausgeschlossenen Menschen in Richtung 10 bis 12,5 Prozent bewegen, in Wien wären zwischen 19 und 21 Prozent vom Wählen ausgeschlossen.



⁵ Werte laut Eurostat 2022.



Zusammenfassung der Ergebnisse

In den vergangenen Jahren ist der Anteil der österreichischen Bevölkerung, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht wählen darf, stark angestiegen. Hintergrund sind zum einen verstärkte Migrationsbewegungen, zum anderen aber auch der extrem restriktive Zugang zur Staatsbürgerschaft bei gleichzeitiger strikter Koppelung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft. Dieser extrem restriktive Zugang zur Staatsbürgerschaft trifft nicht nur neu eingewanderte Personen, sondern auch viele in Österreich langansässige bzw. hier aufgewachsene Menschen. Die aktuelle Einbürgerungsrate beträgt lediglich 0,67 Prozent. Das heißt, von 1.000 in Österreich lebenden Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft werden pro Jahr weniger als 7 eingebürgert. Das ist bei weitem nicht ausreichend, um die stark wachsende Demokratiekluft einzubremsen. Im Gegenteil, die Demokratiekluft verstärkt sich von Jahr zu Jahr und von Wahl zu Wahl.

Einbürgerungs-Stagnation bringt Schrumpf-Demokratie

Die von SOS Mitmensch erstellte Wahlausschluss-Prognose zeigt, dass eine Stagnation der im europäischen Vergleich extrem niedrigen Einbürgerungsrate von 0,67 Prozent zu einem weiteren dramatischen Anwachsen der Wahlausschlussquote führt. Österreich würde bis zum Jahr 2064 zu einer Zwei-Drittel-Demokratie schrumpfen, in der ein Drittel der Bevölkerung nicht wählen darf. Mehr als 2,5 Millionen Menschen im Wahlalter hätten damit kein Wahlrecht. In Wien wäre die Entwicklung noch dramatischer: Ab Mitte der 2050er-Jahre wäre nur noch jede zweite in der Bundeshauptstadt lebende Person im Wahlalter bei Gemeinderats- und Nationalratswahlen wahlberechtigt.

Einbürgerung auf Deutschland-Niveau bremst Wahlausschluss

Ergreift Österreich Maßnahmen, um die Einbürgerungsrate auf das im europäischen Vergleich noch immer niedrige Niveau von Deutschland (1,53 Prozent) zu erhöhen, so käme es zwar weiterhin zu einem Anstieg des Wahlausschlusses, aber dieser Anstieg würde sich verlangsamen. In den kommenden 40 Jahren würde sich der Anteil der in Österreich von Wahlen ausgeschlossenen Menschen in Richtung 25 Prozent bewegen, in Wien wären bis zu 44 Prozent der Menschen vom Wählen ausgeschlossen.

Einbürgerung auf EU-Niveau führt zu Stopp des Wachstums der Demokratiekluft

Erhöht Österreich die Einbürgerungsrate auf das Niveau des EU-Durchschnittes von 2,63 Prozent würde das mittel- bis langfristig eine Stagnation oder sogar ein Absinken der Wahlausschlussquote bewirken. Das Schrumpfen des Wahlvolkes wäre gestoppt. In den kommenden 40 Jahren würde sich der Anteil der in Österreich von Wahlen ausgeschlossenen Menschen zwischen 16 und 20 Prozent bewegen, in Wien wären zwischen 30 und 35 Prozent der Menschen vom Wählen ausgeschlossen.

Einbürgerung auf Österreich-Niveau vor 2005 bewirkt Schubumkehr

Die Erhöhung der Einbürgerungsrate auf die Höhe des österreichischen Durchschnittswertes vor der Einbürgerungsreform 2005 (3,94 Prozent) würde zu einem

Absinken der Wahlausschlussquote führen. In den kommenden 40 Jahren würde der Anteil der in Österreich von Wahlen ausgeschlossenen Menschen auf 12,5 bis 15 Prozent sinken, in Wien wäre nicht mehr wie heute jede dritte, sondern jede vierte Person vom Wählen ausgeschlossen.

Einbürgerung auf EU-Top-5-Niveau bewirkt starken Demokratieschub

Die Erhöhung der Einbürgerungsrate auf die Höhe des durchschnittlichen Wertes der fünf EU-Länder mit den höchsten Einbürgerungsraten (5,21 Prozent) würde zu einem starken Absinken der Wahlausschlussquote und zu einem deutlichen Schub in Richtung inklusive Demokratie führen. In den kommenden 40 Jahren würde der Anteil der in Österreich von Wahlen ausgeschlossenen Menschen in Richtung 10 Prozent sinken, in Wien wäre jede fünfte Person vom Wählen ausgeschlossen.

Weitreichende Handlungsmöglichkeiten

Die Prognoseberechnungen von SOS Mitmensch zeigen, dass der Politik weitreichende Handlungsmöglichkeiten offenstehen, um die stark wachsende Demokratiekluft einzubremsen oder sogar umzukehren. Solange Österreich jedoch das Schlusslicht in Europa beim Zugang zur Staatsbürgerschaft bleibt und viele langansässige Menschen sowie Hiergeborene mit extrem hohen Hürden vom Staatsbürgerschaftserwerb ausgeschlossen sind, wird die Wahlausschlussquote weiter dramatisch anwachsen. Minimales politisches Ziel sollte zumindest das Erreichen des EU-Durchschnittsniveaus bei der Einbürgerung sein, um das Wachstum der Demokratiekluft zu stoppen und eine Schubumkehr in Richtung inklusiverer Demokratie einzuleiten.

Forderungen von SOS Mitmensch an die Politik

SOS Mitmensch fordert hinsichtlich der Verbesserung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft und der Schaffung einer inklusiveren Demokratie:

- Die Verleihung der Staatsbürgerschaft per Geburt an Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern rechtmäßig und längerfristig in Österreich niedergelassen sind.⁶
- Die Schaffung eines bedingungslosen Rechtsanspruchs auf die Staatsbürgerschaft für jene Menschen, die in Österreich geboren oder aufgewachsen sind.
- Abschaffung der hohen und oftmals sozial ausgrenzenden Einkommenserfordernisse für die Erlangung der Staatsbürgerschaft. Die Staatsbürgerschaft und die Möglichkeit der demokratischen Beteiligung sollten keine Geldsache sein.
- Verkürzung der Wartefristen für die Einbürgerung und Orientierung am Lebensmittelpunkt statt am Aufenthaltstitel.
- Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft für eingewanderte Menschen. Denn die Doppelstaatsbürgerschaft schafft Anreize und Möglichkeiten, sich

⁶ Siehe die SOS Mitmensch-Initiative: www.hiergeboren.at

verstärkt in Österreich demokratisch einzubringen, sie stärkt zudem das Zugehörigkeitsgefühl und sie steht nicht für den Zwang, etwas aufgeben zu müssen, sondern für die Freiheit, neue Wege beschreiten zu können.⁷

- Senkung der extrem hohen Einbürgerungsgebühren, die derzeit bis zu zehnmal höher sind als in Deutschland.

Hinsichtlich Verbesserungen beim Zugang zum Wahlrecht fordert SOS Mitmensch:

- Wer in Österreich lebt, sollte hier mitbestimmen dürfen. Die politischen Repräsentant:innen unseres Staates sollten die gesamte Bevölkerung, über die sie Macht ausüben, vertreten. Dazu ist es nötig, dass alle, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben und genügend Zeit hatten, sich mit der politischen Situation vertraut zu machen, an Wahlen teilnehmen dürfen. Konkret fordert SOS Mitmensch, dass alle Menschen, die ihren Hauptwohnsitz in Österreich haben, nach spätestens drei Jahren auf allen Ebenen das aktive und passive Wahlrecht erhalten sollten.
- Wie auch schon jetzt der Fall, sollten Personen, die staatsgefährdende Aktivitäten setzen, vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus soll es jedoch keinen Ausschluss von weiten Teilen der Wohnbevölkerung von demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten geben. Schon gar nicht darf ein zu niedriges Einkommen zum Ausschluss von der Demokratie führen.

Weitere Informationen: www.sosmitmensch.at

⁷ Sogar die FPÖ fordert vehement die Doppelstaatsbürgerschaft für bestimmte Personengruppen (nämlich Menschen aus Italien) und zeigt damit, dass es sich um ein funktionierendes Instrument handelt und Menschen mehr als nur ein Land haben können, zu dem sie sich zugehörig fühlen. Siehe: <https://www.fpoe.at/en/artikel/nur-die-fpoe-setzt-sich-fuer-die-doppelstaatsbuergerschaft-fuer-suedtiroler-ein/>